

Kantonsrat**KANTONSRATSPROTOKOLL**

Sitzung vom	24. März 2025
Kantonsratspräsident	Zehnder Ferdinand

**A 297 Anfrage Estermann Rahel und Mit. über E-Collecting im Kanton Luzern /
Justiz- und Sicherheitsdepartement**

Rahel Estermann ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Rahel Estermann: Wir alle waren schockiert, als letzten Herbst derart viel gefälscht Unterschriften aufgefliegen sind, vor allem bei nationalen Initiativen. Das ist eine Erschütterung des Vertrauens in die Demokratie. Gerade wir als Politikerinnen und Politiker wissen, dass dieses Vertrauen das wichtigste Gut unserer politischen Arbeit ist und dass die entsprechenden Instrumente richtig angewandt und nicht missbraucht werden müssen. Ich bin froh, konnte der Regierungsrat in seiner Antwort festhalten, dass im Kanton Luzern bisher kein Verdacht einer flächendeckenden Unterschriftenfälschung besteht. Der Regierungsrat sagt es richtig: So lange wie wir analoge Unterschriftensammlungen für Initiativen durchführen, so lange ist es auch möglich, auf diese Art und Weise Unterschriften zu fälschen. Das lässt sich nie ganz verhindern. Im Moment gibt es aber zu viele Anreize und Schlupflöcher. Wir werden noch lange analoge Unterschriftensammlungen durchführen, weil es wichtig für die Inklusion ist, dass alle ihre Unterschrift abgeben können. Aber E-Collecting kann sehr wohl ein Mittel sein, um das Problem von gefälschten Unterschriften einzudämmen. Wenn in Zukunft vielleicht die Hälfte der nötigen Unterschriften für eine Initiative digital gesammelt wurde, weiss man, dass immerhin die Hälfte der Unterschriften korrekt und nicht gefälscht ist. Auf diese Weise kann also das Vertrauen in die politischen Instrumente zurückgewonnen werden. Die möglichen Auswirkungen von E-Collecting zeigt die Regierung in ihrer Antwort sehr gut auf. Die Erkenntnisse basieren auch auf Studien. Der Regierungsrat erklärt aufgrund dieser Studien auch die Vorteile von E-Collecting. Es gibt sehr viele Vorteile, für alle Staatsebenen und für alle Beteiligten. So wird beispielsweise die Kontrolle weniger aufwendig. Viele von Ihnen wissen, was die Kontrolle solcher Unterschriften für eine Gemeinde bedeutet. Beim Bund und den Gemeinden können also Ressourcen gespart werden. Als Bürgerin oder Bürger weiss man zudem, dass die Unterschrift korrekt erfasst wurde. Expertinnen und Experten erwarten nicht, dass die Anzahl Referenden und Initiativen durch E-Collecting stark steigt. Das ist wichtig, denn diese Befürchtung wurde oft geäussert. Auch ich habe mir Gedanken darüber gemacht. Offensichtlich geht man aber nicht davon aus, dass es zu einer Erhöhung kommt. Obwohl die Ausgangslage dafür spricht, dass wir den Weg zu E-Collecting einschlagen, entnimmt man der Antwort des Regierungsrates vor allem ein Abwarten. Man wartet auf ein Projekt des Bundes, das vermutlich in den nächsten Jahren umgesetzt werden soll. Die Erkenntnisse daraus liegen wohl 2030 vor. Erst

dann will der Kanton das weitere Vorgehen planen. Ich finde das schade. Es wäre wichtig, dass der Kanton aktiv wird. E-Collecting wird kommen, so viel steht fest. Wir sollten nicht abwarten, sondern diese Chance aktiv nutzen für eine moderne aktive Partizipation an unserer Politik. Es gibt keine sichtbaren Nachteile, sondern alle gewinnen. Ich wünsche mir, dass der Kanton selbst Pilotprojekte in Betracht zieht und sich Gedanken macht, wie die eigenen gesetzlichen Grundlagen angepasst werden sollen. Ich überlege mir deshalb, entsprechende Vorstösse einzureichen.

Simon Howald: Die GLP-Fraktion ist sich einig, dass Wahlfälschungen jeglicher Art bekämpft werden müssen, denn nicht weniger als das Vertrauen der Bevölkerung in die Demokratie steht auf dem Spiel. Gerade in Zeiten einer geopolitisch unsicheren Lage mit autokratischen Akteuren ist es unerlässlich, die Demokratie zu stärken. Die Grünliberalen begrüssen das Monitoring von Meldungen der Gemeinden bezüglich Verdachtsfällen, die Erstellung eines Lagebildes und das Festlegen von Massnahmen auf Bundesebene. Wir sind erleichtert, dass im Kanton Luzern bis heute keine Verdachtsfälle für systematische Fälschungen vorliegen. Der GLP-Fraktion erscheint es im Weiteren wichtig, dass die Gemeinden entsprechend sensibilisiert sind für die Problematik und es weiterhin bleiben. Ausserdem unterstützen wir den Einsatz von Online-Sammeltools, solange die Fälschungssicherheit gewährleistet ist und keine Fälschungsversuche aufgedeckt werden. E-Collecting ist aus Sicht der Grünliberalen ein zu förderndes Mittel, um den Schutz der Unterschriftensammlungen vor Missbrauch und Betrug zu erhöhen und gleichzeitig den administrativen Aufwand bei der Kontrolle der Unterschriften zu reduzieren. Volksbegehren können dadurch orts- und zeitunabhängig sowie barrierefrei unterstützt werden. Die notwendige Stimmrechtsprüfung und -bescheinigung soll weitgehend automatisiert erfolgen. Das Einholen der Stimmrechtsbescheinigung auf dem Postweg sehen wir als veraltet und als eine unnötige administrative Aufgabe für das Komitee. Aus unserer Sicht soll der Bund bei der Förderung von E-Collecting den Lead übernehmen. Die Wahrung des Stimmgeheimnisses muss selbstverständlich sichergestellt werden. Wir sind gespannt auf die Resultate aus dem Vorprojekt des Bundes. Vor der Prüfung eines Testbetriebs im Kanton Luzern sollen die Erkenntnisse des Bundes im Zusammenhang mit E-Collecting abgewartet werden.

Beatrix Küttel: Die Mitte-Fraktion ist erfreut, dass E-Collecting auf Bundesebene bald getestet werden soll und der Kanton dieses Instrument nach erfolgreichem Test ebenfalls einsetzen will. Wir sehen auf administrativer und auch politischer Ebene viele Vorteile in der digitalen Form der Unterschriftensammlung. Es ist zu berücksichtigen, dass nicht digitalaffine Menschen von dieser politischen Mitwirkung nicht ausgeschlossen werden. Auch allfällige zweigleisige Sammlungen auf Papier und digital sollen bei den Gemeinden zu keinem Mehraufwand führen. Die technischen Voraussetzungen dieses Sammlungsinstruments müssen so ausgestaltet sein, dass die Datensicherheit und das Stimmrechtsgeheimnis gewahrt sind und ein Missbrauch ausgeschlossen werden kann. Die Mitte-Fraktion ist auf die Resultate der Testphase auf Bundesebene gespannt und bereit, bei den daraus notwendigen Gesetzesanpassungen konstruktiv mitzuwirken.

Milena Bühler: Luzern steht für Innovation. Das ist ein zentraler Grundsatz der Strategie zur Gestaltung des digitalen Wandels unseres Kantons. Doch in der Antwort des Regierungsrates widerspiegelt sich wenig davon. Statt eine aktive Rolle einzunehmen wird abgewartet was der Bund und andere Kantone tun. Wir erkennen, dass die digitale Transformation Herausforderungen mit sich bringt. Umso wichtiger ist es, diesen aktiv zu begegnen, anstatt auf Probleme zu warten. Der Regierungsrat hält in seiner Antwort fest, dass derzeit keine systematischen Fälschungen von Unterschriften bekannt sind. Das ist erfreulich, darf aber nicht bedeuten, dass wir erst handeln, wenn dies eintreten sollte. In der der Antwort auf die

Anfrage A 257 von Luca Boog wurde festgehalten, dass auf Bundesebene nach Lösungen zur Verhinderung von Unterschriftenfälschung gesucht wird. E-Collecting wäre eine optimale Lösung für dieses Problem. E-Collecting fördert zudem nicht nur die Sicherstellung der Unterschriftengültigkeit, sondern auch die Sicherstellung der Chancengerechtigkeit. Als Ergänzung zur handschriftlichen Unterschrift ermöglicht es durch seine Orts- und Zeitunabhängigkeit eine breitere Partizipation, insbesondere für jüngere Generationen. Trotz technischer und rechtlicher Herausforderungen fordern wir den Regierungsrat auf, eine aktive, gestaltende Rolle einzunehmen. Andere Kantone gehen hier bereits mit gutem Beispiel voran. Die Frage lautet, ob Luzern Vorreiter oder Nachzügler sein will. Die Chance, den digitalen Wandel aktiv mitzugestalten, liegt in unseren Händen. Nutzen wir sie.

Martin Wicki: Unterschriftenfälschungen sind ganz klar zu verurteilen. Zum Glück ist das im Kanton Luzern nicht vorgekommen. Die stimmregisterführenden Personen wurden sensibilisiert und angehalten, entsprechend Meldung zu erstatten. Noch etwas zur viel zitierten Inklusion: Mit E-Collecting sollen alle inkludiert werden, die unterschreiben können. Aber gerade weil es um die Inklusion geht, muss die schriftliche Unterschrift auch noch geleistet werden können, sonst schliesst man die Personen aus, die keinen Zugang zum digitalen Wandel haben. Man darf sich vor diesem Wandel nicht verschliessen, aber es muss nach wie vor beides möglich sein. Ich denke nicht, dass es Initiativen gibt, die aufgrund einiger gefälschter Unterschriften nicht zustande gekommen sind. Die Stimmregisterführer tun ihr Möglichstes. Dabei handelt es sich tatsächlich um einen grossen Aufwand, der mittels E-Collecting etwas vereinfacht werden könnte. Es gehört aber zu unserer Demokratie, dass man sich einbringen kann. Dadurch werden auch gewisse Kosten verursacht. Aber ich glaube, dass unser Land nicht zuletzt durch seine demokratischen Rechte so stark wurde. Wir sollten uns also nicht vor dem digitalen Wandel verschliessen, die schriftliche Unterschrift aber trotzdem wahren lassen.

Eva Forster: Die FDP-Fraktion verurteilt das Fälschen beim Sammeln von Unterschriften. Wir erachten die Chance von E-Collecting aber als gross. Wir verstehen die abwartende Haltung der Regierung bezüglich dem Bund und dem Testbetrieb in anderen Kantonen. Wir finden es aber wichtig, dass vor allem bei der Detailerarbeitung der E-ID von Beginn weg der Aspekt von E-Collecting technisch, rechtlich und datenschutzmassig mitberücksichtigt wird. Wir erachten das Ganze als eine grosse Chance für die Zukunft.

Für den Regierungsrat spricht Justiz- und Sicherheitsdirektorin Ylfete Fanaj.

Ylfete Fanaj: Die Stimmregisterführerinnen und -führer leisten sehr gute Arbeit und haben einen besonderen Blick für diese Unterschriften. Sie sind auch sensibilisiert dafür. Wir haben das Glück, dass bei uns keine gefälschten Unterschriften nachgewiesen werden konnten. Das Sammeln von Unterschriften für Initiativen und Referenden ist einer der zentralen Pfeiler unserer direkten Demokratie. Es ermöglicht den Bürgerinnen und Bürgern, direkt an der Gesetzgebung mitzuwirken und politische Entscheidungen aktiv mitzugestalten. Entsprechend sorgfältig und gewissenhaft müssen allfällige Neuerungen und technische Entwicklungen geprüft werden. E-Collecting birgt genauso wie E-Voting unterschiedliche Chancen und Risiken. Eine erste vertiefte Prüfung von E-Collecting hat auf Bundesebene stattgefunden. Analysiert wurden organisatorische, technische, rechtliche, datenschutzrechtliche und staatspolitische Aspekte. Daneben wurden auch die Partizipationsmöglichkeiten der Bevölkerung geprüft. Die Mitwirkung am politischen Prozess muss weiterhin allen Bürgerinnen und Bürgern offenstehen. Niemand darf ausgeschlossen oder benachteiligt sein, die Hürden für die Mitwirkung sollen tief gehalten werden. Das Wichtigste dabei: Das Vertrauen der Bevölkerung in die politischen Abläufe darf nicht geschwächt, sondern soll im Gegenteil gestärkt werden. In diesem Bericht wurden auch

zahlreiche Risiken benannt, die adressiert und viele offene Fragen, die geprüft werden müssen. Rahel Estermann und Milena Bühler sind der Ansicht, dass der Kanton einfach abwartet und keine gestaltende Rolle einnimmt, obwohl das wichtig wäre für eine moderne Verwaltung. Wir haben letztes Jahr das Projekt E-Voting gestartet. Die erste Abstimmung wird im September 2026 stattfinden. Die Vorbereitungsarbeiten nehmen enorm Zeit in Anspruch, sie sind aufwendig. Der Prüfung aller Sicherheitsaspekte muss Rechnung getragen werden. Der Aufwand ist enorm. Diesen Aufwand nehmen wir gerne auf uns, wie wir das auch bei der Beantwortung eines entsprechenden Vorstosses von Sibylle Boos-Braun erklärt haben. Wir wollen dabei aktiv eine gestaltende Rolle einnehmen. Wir sind zwar nicht einer der ersten Kantone, aber wir sind dabei und leisten einen Beitrag dazu, um dieses Thema voranzutreiben. E-Collecting ist noch am Anfang. Wir können von den Prozessen aus E-Voting sehr profitieren. Deshalb ist die Regierung der Meinung, dass wir bei der Abteilung Gemeinden kein zweites Projekt ansiedeln wollen, mit dem wir zu den Ersten gehören. Der Aufwand als Pionierkanton ist enorm. Wir sind der Meinung, dass der Bund den Lead übernehmen und alles sorgfältig prüfen und testen soll, bevor die Kantone einsteigen. Nur so können Sicherheitsrisiken und negative Auswirkungen ausgeschlossen werden. Es ist enorm wichtig, dass sowohl E-Voting als auch E-Collecting bei der Bevölkerung Vertrauen gewinnen. Deshalb ist es von Bedeutung, achtsam damit umzugehen und sich Zeit zu lassen. Erst wenn die zentralen Fragen geklärt sind und die Abläufe in der Praxis auf Herz und Nieren geprüft wurden, unternehmen wir auf kantonaler Ebene weitere Schritte.